

Auf der ökumenischen Reise zum gerechten Frieden

Internationale ökumenische Friedenskonvokation (IöFK)
vom 18.–25. Mai 2011 in Kingston/Jamaika

Der ÖRK, die Dekade zur Überwindung von Gewalt und die IöFK

Die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt der Jahre 2001 bis 2010, ausgerufen von der VIII. Vollversammlung des Ökumenischen Rates (ÖRK) 1998 in Harare, wurde mit der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation (IöFK) vom 18.–25. Mai 2011 in Kingston/Jamaika formell abgeschlossen. Die theologische Messlatte der IöFK war das „Ersuchen“ der IX. Vollversammlung in Porto Alegre 2006 an den Zentralausschuss, „die Möglichkeit eines Studienprozesses zu erwägen, der alle Mitgliedskirchen und ökumenischen Organisationen für die Ausarbeitung einer umfassenden ökumenischen Erklärung zum Frieden mobilisiert, welche fest in einer klar formulierten Theologie wurzelt. Die Erklärung sollte sich u.a. mit folgenden Themen befassen: gerechter Friede, Schutzpflicht, Rolle und Rechtsstatus nichtstaatlicher Kombattanten, Wertekonflikt (z. B. territoriale Integrität und Unantastbarkeit des menschlichen Lebens). Sie sollte zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt 2010 angenommen werden“.¹ Statt einer „Erklärung“ veröffentlichte der ÖRK den „Ökumenischen Aufruf für einen gerechten Frieden“² und ein erläuterndes Begleitbuch, entstanden in einem langen Diskussionsprozess einer Autorengruppe unter der Moderation von Konrad Raiser. Vorausgegangen war ein erster Entwurf, geschrieben von einer anderen Autorengruppe unter der Moderation von Geiko Müller-Fahrenholz. Der Aufruf ist die Grundlage der IöFK. Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des ÖRK seit 2009, gab im Handbuch des ÖRK für die IöFK als deren Aufgabe für „eine neue und vielversprechende Phase auf der ökumenischen Reise zum Frieden“ vor, „das Konzept des ‚gerechten Friedens‘ sowie seine ethischen und theologischen Aspekte weiterzuentwickeln, indem wir das Konzept in verschiedenen Arbeitsbereichen anwenden und die Netzwerke und Partnerschaften stärken, die heute für die ökumenische Friedens- und Anwaltschaftsarbeit notwendig sind“.³ Die Planung und Vorbereitung der IöFK durch den ÖRK vollzog sich unter Schwierigkeiten, verursacht durch Personalwechsel und Personalabbau im Stab des ÖRK und durch den Wechsel vom Generalsekretär Rev. Sam Kobia zum neuen norwegischen Generalsekretär Olav Fykse Tveit.

¹ Klaus Wilkens (Hg.): In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt. Porto Alegre 2006. Neunte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Frankfurt am Main 2007, 343.

² www.gewaltueberwinden.org/de/materialien/oerk-materialien/dokumente/erklarungen-zum-gerechtenfrieden/ein-oekumenischer-aufruf-zum-gerechten-frieden.html.

³ ÖRK: International Ecumenical Peace Convocation Kingston/Jamaika 17.–25. Mai 2011, Handbuch Deutsch, 6.

Inhalte und Programm des geistlichen und praktischen Vernetzungstreffens

Die Konvokation hatte den Charakter eines geistlichen und praktischen Vernetzungstreffens zum Leitbild des gerechten Friedens. Beschlossen hat sie nichts, insbesondere kein ökumenisches Dokument. Die viersseitige Botschaft,⁴ die am Ende durch Akklamation angenommen wurde, sowie – entscheidend – das künftige Engagement der Teilnehmenden und ihrer Heimatkirchen sind aber zusammen mit dem Aufruf der Fundus zur Weiterarbeit des ÖRK auf dem Weg zur X. Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan/Korea unter dem Motto „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“. Die ca. 1.000 Teilnehmenden aus ca. 100 Ländern,⁵ die theologisch und praktisch auf allen kirchlichen Ebenen (Gemeinden, Verantwortliche in Kirchenämtern und Kirchenleitende, Initiativen für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung) und auch außerhalb an Fragen des gerechten Friedens arbeiten, hatten alle den gleichen Status. Den Reichtum an Erfahrungen aus so verschiedenen Teilen des ganzen Erdkreises konnte niemand durch engagierte Begegnungen und Gespräche über konfessionelle, kulturelle und Ländergrenzen hinweg ausschöpfen. Wieder einmal erwies sich trotzdem, dass die Ökumene von Offenheit und Auseinandersetzung auf der Grundlage der biblischen Schriften lebt! Die geistliche „Arbeit“ ereignete sich in kleinen Gruppen bei fruchtbaren Bibelarbeiten⁶ und im Plenum bei lebendigen Gottesdiensten zu Beginn, jeweils am Morgen und mittags, am 22. Mai (Sonntag) und zum Abschluss auf dem weitläufigen Campus der University of the Westindies (UWI). Tropische Temperaturen und eine hohe Luftfeuchtigkeit strengten körperlich an. Die vier Themenbereiche der IöFK: Friede in der Gemeinschaft, Friede mit der Erde, Friede in der Wirtschaft, Friede zwischen den Völkern wurden vertiefend in Plenarveranstaltungen, in 163 Workshops, von den Teilnehmenden zu ihren konkreten Beiträgen vorbereitet, und in Seminaren verhandelt. Einen unmittelbaren Eindruck von der bedrückenden sozialen und politischen Realität Jamaikas⁷ jenseits der touristischen Ziele konnten die Teilnehmenden in örtlichen Projekten gewinnen, die sich außerordentlich um die Eindämmung von Gewalt bemühen.

⁴ www.gewaltueberwinden.org/de/materialien/oerk-materialien/dokumente/presentationensprachen/ioefk-botschaft.html.

⁵ Davon 108 aus EKD (49), Landeskirchen, Initiativen und Gruppen, bei gleichzeitiger Förderung der Kosten von Teilnehmenden aus Süd-Kirchen. Auch Pax Christi und Iustitia et Pax waren von katholischer Seite aus Deutschland vertreten.

⁶ Bibelarbeiten zu 2. Samuel 13, 1–22; Jesaja 11, 6–9; Matthäus 20, 1–16; Epheser 2, 11–22; 2. Könige 6, 8–23.

⁷ Jamaika: drittgrößte Antillen-Insel, 2,75 Mio. Einwohner, davon ca. 660.000 in Kingston; Landflucht und Migration nach Großbritannien und USA; 91 Prozent der Bevölkerung stammen von afrikanischen Sklaven ab, die die Kolonialmacht Großbritannien hierher gebracht hatte. Elf Prozent Arbeitslose. Eine der höchsten Kriminalitätsraten der Welt (Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Korruption, bewaffnete Banden nicht nur in den Slums). Im Mai 2010 wollten jamaikanische Sicherheitskräfte Christopher „Dudus“ Coke auf Wunsch der USA zwecks Auslieferung verhaften. Die Bevölkerung in seinem Stadtteil Ti-voli widersetzte sich. Premierminister Bruce Golding verhängte den Ausnahmezustand: Es gab tagelange Straßenkämpfe zwischen Sicherheitskräften und den Anhängern von Dudus. Mindestens 73 Menschen starben. Schließlich wurde er verhaftet und an die USA ausgeliefert, wo ihm lebenslange Haft droht.

Jamaika: Land, Menschen und Kirchen mitten in Gewalt und Kriminalität

Der Rat der Kirchen der Karibik und der Rat der Kirchen Jamaikas waren die aufopferungsvollen und großzügigen Gastgeber des ÖRK, der zum ersten Mal eine größere Veranstaltung in der Karibik abhielt. Die Teilnehmenden wohnten und aßen in Dörfern der Studierenden, die wie das gesamte Gelände der UWI mit Stacheldraht gesichert sind. Die UWI liegt am Rande der Blue Mountains auf dem Gelände der ehemaligen Zuckerplantage Mona, wo früher Sklaven afrikanischer Herkunft ausgebeutet wurden. Ein Gedenkstein und Reste eines Aquäduktes zur Zuckerrohrmühle erinnern daran. Im Zweiten Weltkrieg lebten Evakuierte aus dem britischen Gibraltar und in Nordafrika gefangene Soldaten auf dem Gelände. Kingston/Jamaika war schon 1997 wegen seines weltweit hohen Pegels an Gewalt eine der ausgewählten Städte im Vorläufer-Programm „Peace to the City“ zur Dekade zur Überwindung von Gewalt. Bruce Golding, der Premierminister von Jamaika, betonte in seiner Eröffnungsansprache die Rolle von Staat und Kirchen bei der ethischen Entwicklung von heutigen Gesellschaften, insbesondere in dem von Verbrechen und Gewalt gezeichneten jamaikanischen Kontext. Golding forderte die Kirchen ausdrücklich auf, sich politisch einzumischen. In den Tagen der Versammlung brannten im Stadtteil Tivoli Kerzen zur Erinnerung an die Unruhen im Mai 2010 um den „strong man“ Christopher „Dudus“ Coke, den die USA als einen der weltweit gefährlichsten Drogen- und Waffenhändler ansehen, der aber bei der Bevölkerung hohes Ansehen genießt, weil er à la Robin Hood Kinder unterstützte, Nahrungsmittel für Arme besorgte und Streit schlichtete. Die großen Probleme durch Gewalt von Straßengangs waren auch Gegenstand eines Musicals „Streetlight“ der internationalen Künstlergruppe Gen Rosso, das während der Konvokation mit Jugendlichen aus Slums aufgeführt wurde.

Worum ging es? Wesentliche Themen und Ergebnisse der IöFK

Der zentralen Herausforderung, also zusammen mit anderen das Leitbild eines gerechten Friedens in den vier Dimensionen zu verstehen und Möglichkeiten der Realisierung zu beraten, näherten sich die Teilnehmenden je nach kirchlichem, nach Lebens- und Erfahrungshintergrund sehr unterschiedlich an: mehr oder weniger spirituell betont, persönlich, gesellschaftlich oder auch politisch akzentuiert. Den daraus entstehenden Schwierigkeiten bei der Planung des Ablaufs und der Methodik wurde die Konvokation nicht immer gerecht. Die Bildung eines möglichen Konsenses litt an mangelnder Transparenz. Das offenbarte sich am deutlichsten bei der Abfassung und der Annahme der Botschaft. Weil die Autorengruppe nicht ausreichend über den Gang der Diskussion informiert war, musste die erste Version der Botschaft binnen kürzester Zeit durch mindestens 60 Korrekturwünsche überarbeitet werden. Die zweite Version nahmen die Teilnehmenden dann mit stehendem Applaus an.

Friede in der Gemeinschaft

Themen waren in den persönlichen Gesprächen, öffentlichen Aussagen und in den Diskussionen der Workshops die Klagen von Einzelnen, aber auch die tapferen, von Kirchen und Gemeinschaften gemeinsam getragenen Widerstände gegen Menschenrechtsverletzungen, täglichen Rassismus, Kastenwesen, Ungerechtigkeit im Verhältnis der Geschlechter, Missbrauch von Sexualität, wirtschaftliche Ausbeutung, Beugung von Gewissen durch Militarismus, und vieles Bedrückendes mehr. Martin Luther King III, der älteste Sohn von Martin Luther King Jr., kritisierte die fortbestehende Diskriminierung und Missachtung der Menschenrechte: „Trotz großer Fortschritte ist der Sonntagsgottesdienst morgens um 11 Uhr immer noch die Stunde mit der größten Segregation am ganzen Tag.“ Der perspektivische Fokus zum Frieden in der menschlichen Gemeinschaft war die Friedenserziehung.

Zusammenfassend heißt es in der Botschaft von Kingston:

„Die Kirchen müssen gemeinsam ihre Stimme erheben, um unsere christlichen Brüder und Schwestern sowie alle Menschen, die aus Gründen religiöser Intoleranz diskriminiert und verfolgt werden, zu schützen. Friedenserziehung muss künftig eine zentrale Rolle in den Lehrplänen aller Schulen, Seminare und Universitäten bekommen. Wir erkennen die friedensstiftende Fähigkeit junger Menschen an und rufen die Kirchen auf, Netzwerke von Diensten des gerechten Friedens zu entwickeln und zu stärken. Die Kirche ist aufgerufen, öffentlich für ihre Anliegen einzutreten und der Wahrheit über die engen Mauern der Kirche hinaus Gehör zu verschaffen.“ Das bedeutet für uns z. B. konkret die Bekämpfung von Kinderarbeit bei der Produktion von Natursteinen, die für unsere Friedhöfe bearbeitet werden und die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern nicht nur aus Eritrea und Ägypten.

Friede mit der Erde

„Klimagerechtigkeit“ ist das bei uns gebräuchliche Leitwort für das, was wir beschönigend als „Klimawandel“ beschreiben. In Kingston war die Sorge um das Überleben der Menschheit fassbar: Die ca. 11.000 Einwohner von Tuvalu, des viertkleinsten Staates der Welt auf der 26 Quadratkilometer großen polynesischen Insel im Stillen Ozean zwischen Hawai und Australien, werden wohl als erste ihr Staatsgebiet als Umweltflüchtlinge verlassen müssen. Ihr Land wird vom Meer überspült, ihr Grundwasser durch Versalzung unbrauchbar. Die Menschen sind von Regenwasser abhängig. „Unsere Gewalt gegen die Erde ist auch Gewalt gegen Menschen“ sagte der Projektmanager der Kirche von Schottland, der die Idee weltweiter „Öko-Gemeinden“ vorstellte.

Die Botschaft bringt die Meinung der Versammlung auf den Punkt: „Die Umweltkrise ist eine zutiefst ethische und spirituelle Krise der Menschheit. Wir erken-

⁸ *Plädoyer für eine ökumenische Zukunft: Klima-Memorandum. Beten und Arbeiten für einen gerechten Frieden und Klimagerechtigkeit, Januar 2011.*

nen an, dass die Menschen der Erde mit ihrem Verhalten Schaden zugefügt haben, und bekräftigen unser Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung und zu dem Lebensstil, den uns dies abverlangt. Unsere Sorge um die Erde und unsere Sorge um die Menschheit gehören zusammen. Natürliche Ressourcen und gemeinsame Güter der Menschheit wie Wasser müssen gerecht und nachhaltig miteinander geteilt werden. Gemeinsam mit der globalen Zivilgesellschaft appellieren wir an Regierungen, all unsere wirtschaftlichen Aktivitäten radikal umzustrukturieren, mit dem Ziel, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft auf den Weg zu bringen. ... Die ökologische Schuld der Industrieländer, die für den Klimawandel verantwortlich sind, muss bei den Verhandlungen über die Anteile bei den CO₂-Emissionen und die Pläne für die Anpassungskosten berücksichtigt werden. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima hat einmal mehr bewiesen, dass wir nicht länger auf Atomstrom als Energiequelle zählen dürfen.“

Aus Deutschland war u. a. das Klima-Memorandum des „Plädoyers für eine ökumenische Zukunft“ in der Diskussion. Wird es einen ökumenischen „Noah-Fonds“ auf einem siebenjährigen „Sabbatweg“ geben?⁸ Sollten wir nach den Berechnungen der Technischen Hochschule Zürich unseren persönlichen „ökologischen Fußabdruck“ auf den Ausstoß von einer Tonne CO₂ pro Kopf und Jahr beschränken, um die Erderwärmung bei 2 Grad zu halten? Wie steht es mit der Zustimmung von Gemeinden zum Projekt des „Grünen Hahn“?

Friede in der Wirtschaft

Die Auseinandersetzung um den rechten Weg für eine „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ – gegen die strukturelle Gewalt von ökonomischer Ausbeutung – war in der Plenarveranstaltung, in den vertiefenden Seminaren und den Workshops einer der heißen Diskussionspunkte.

Der anglikanische Erzbischof von Tanzania, Valentine Mokiwa (Präsident der allafrikanischen Kirchenkonferenz), schilderte den konstruktiven und sehr konkreten Kampf seiner Kirche mit einer ausbeutenden Minengesellschaft. Dann wurde es im Plenum grundsätzlich: Die Kirchen müssen sich „entfernen von Märkten, die als ‚Imperium‘ beschrieben werden“ (Omega Bula, United Church of Canada). Oder: „Die Kirchen können sich nicht mit Wirtschaftsfragen befassen, wenn sie Komplizen dieses Systems sind“ (Emmanuel Clapsis, orthodoxer Theologe, USA). Damit war die Position des Reformierten Weltbundes aufgerufen, der 2004 in Accra beschlossen hatte: „Als Wahrheits- und Gerechtigkeitssuchende, die sich die Sichtweise der Machtlosen und Leidenden zueigen machen, sehen wir, dass die gegenwärtige Welt-(Un)Ordnung auf einem außerordentlich komplexen und unmoralischen Wirtschaftssystem beruht, das von einem Imperium verteidigt wird.“

Die Autoren der Botschaft folgten dieser Linie nicht. Sie notierten als Ergebnis: „In der globalen Wirtschaft gibt es viele Beispiele für strukturelle Gewalt, die nicht durch den direkten Einsatz von Waffen oder physischer Gewalt charakterisiert ist, sondern durch die passive Hinnahme weit verbreiteter Armut, von Handelsverzerrungen und fehlender Gleichberechtigung zwischen Angehörigen verschiedener Gesellschaftsklassen und zwischen Ländern. Im Gegensatz zum ungebremsten Wachstum – der Vision des neoliberalen Systems – entfaltet die Bibel eine Vision

von einem Leben in Fülle, ungeachtet von geographischer Region, Lebensumfeld, Geschlechtszugehörigkeit, sexueller Orientierung, Alter, Leistungsfähigkeit, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion. Die Kirchen müssen lernen, effizienter für die vollständige Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten als Grundlage für ‚eine Wirtschaft im Dienst des Lebens‘ einzutreten. ... Wir ermutigen die Kirchen, gemeinsame Strategien, die auf eine Reform der Wirtschaft ausgerichtet sind, zu beschließen. Die Kirchen müssen wirksamer der unverantwortlichen Konzentration von Macht und Reichtum sowie der Geißel der Korruption entgegentreten. Zu den Schritten auf dem Weg zu gerechten und verantwortlichen Volkswirtschaften gehören effizientere Regeln für den Finanzmarkt, die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen und gerechte Handelsbeziehungen.“

Insgesamt brachte die Debatte in Kingston keinen Konsens auf dem Weg des *processus confessionis* zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens. Sie wiederholte alte Kontroversen.

Friede zwischen den Völkern

Das Leitbild des gerechten Friedens wurde von der Versammlung, die sich zum großen Teil pazifistisch orientiert artikuliert, gebilligt. Die Botschaft reflektiert dies: „Die Geschichte führt uns, insbesondere im Zeugnis der historischen Friedenskirchen, vor Augen, dass Gewalt gegen den Willen Gottes ist und keine Konflikte lösen kann. Aus diesem Grund gehen wir über die Lehre vom gerechten Krieg hinaus und bekennen uns zum gerechten Frieden. Voraussetzung dafür ist, dass Konzepte nationaler Sicherheit, die sich exklusiv auf die eigene Nation konzentrieren, zugunsten der Sicherheit für alle überwunden werden. Dazu gehört, dass Tag für Tag daran gearbeitet werden muss, Ursachen von Gewalt vorzubeugen, das heißt, sie zu vermeiden. Viele praktische Aspekte des Konzepts des gerechten Friedens erfordern Diskussion, Urteilsfindung und weitere Ausarbeitung. Wir ringen weiter um die Frage, wie unschuldige Menschen vor Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt geschützt werden können. In diesem Zusammenhang stellen wir uns tiefgreifende Fragen zum Konzept der ‚Schutzverantwortung‘ und zu dessen möglichem Missbrauch. Wir rufen den ÖRK und seine Partnerorganisationen dringend auf, ihre Haltung in dieser Frage weiter zu klären. Wir treten für vollständige nukleare Abrüstung und die Kontrolle der Weiterverbreitung von Kleinwaffen ein ...“

Bestätigt werden diese Aussagen im „Ökumenischen Aufruf für einen gerechten Frieden“, der unter der Moderation von Konrad Raiser entstanden ist: „Während wir die völkerrechtlich begründete Autorität der Vereinten Nationen anerkennen, auf Gefährdungen des Weltfriedens im Geist und nach dem Wortlaut der Charta der Vereinten Nationen zu reagieren, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt innerhalb der Grenzen des Völkerrechts, fühlen wir uns als Christen und Christinnen verpflichtet, darüber hinaus zu gehen – und jede theologische oder andere Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Gewalt in Frage zu stellen und die Berufung auf das Konzept eines ‚gerechten Krieges‘ und dessen übliche Anwendung als obsolet zu erachten“ (§ 23). Damit ist die inhaltliche Linie des ÖRK im Hinblick auf die X. Vollversammlung in Busan/Südkorea 2013 vorgezeichnet.

Die ökumenische Diskussion seit der VII. Vollversammlung in Canberra (1991) erscheint insofern abgeschlossen.

Viele Debatten gingen um die Frage, was Pazifismus unter dem Leitbild des gerechten Friedens bedeutet und unter welchen Voraussetzungen eine völkerrechtliche „Schutzpflicht“ mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden dürfe. Was bedeutet es, den Krieg „ächten“ zu wollen? Die Libyen-Frage stand noch nicht auf dem offiziellen Programm, war aber Gegenstand der Diskussion zu Schutzpflicht, obwohl die Militärintervention gar kein Fall der Schutzpflicht ist. Margot Käßmann sagte in ihrer Eröffnungsansprache, „dass Gewalt nicht nur eine von vielen ethischen Fragen ist, über die wir diskutieren müssen. Wir sprechen über ekklesiologische Fragen, über das Sein, das ‚esse‘ der Kirche. In einer Welt voller Gewalt haben die Kirchen nach all ihren Versäumnissen in der Vergangenheit endlich zu erklären: Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn der Frieden ist der Weg. Stecke dein Schwert wieder an seinen Ort ...“ Der Zweite Weltkrieg, von Nazi-Deutschland ausgelöst, war wiederholt Anlass von Stellungnahmen zum gerechten Krieg. Canon Paul Oestreicher, anglikanischer Pfarrer und Domkapitular emeritus der Kathedrale von Coventry, dessen Vater mit seiner Familie 1939 aus Deutschland emigrieren musste, war die prominenteste Stimme der historischen Friedenskirchen bei der Konvokation. Er meinte, Hitler hätte durch gewaltfreien Widerstand gestürzt werden können. Oestreicher warb für die tatsächliche Abschaffung des Krieges und, eingedenk der Realität, für einen „gerechteren“ als einen „gerechten“ Frieden. Pastor Kjell Magne Bondevik, früherer norwegischer Ministerpräsident, verteidigte die Lehre vom gerechten Krieg, indem er den bewaffneten Kampf der Norweger gegen die deutschen Besatzer als „gerechten Krieg“ bezeichnete. Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) fand breite Beachtung. Auch andere Friedensdienste, z. B. Eirene, Kriegsdienstverweigerer und Unterstützer/-innen waren im Gespräch präsent.

Was steht zur Vorbereitung auf die X. Vollversammlung des ÖRK in Busan 2013 an?

Fernando Enns, Mennonit aus Deutschland, der die Dekade zur Überwindung von Gewalt 1989 in Harare beantragt hatte und den für die Inhalte verantwortlichen Vorbereitungsausschuss des ÖRK für die Konvokation leitete, sagte in seinem Schlusswort, die Arbeit der IöFK beginne erst jetzt richtig. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf den Ökumenischen Aufruf zum gerechten Frieden, der das Referenzpapier für die Arbeit des ÖRK und seiner Mitgliedskirchen auf dem Weg nach Busan 2013 ist. „Sie und ich, wir werden uns gegenseitig Rechenschaft abverlangen. Die Kirche nimmt den Aufruf zum gerechten Frieden an oder aber sie ist nicht die Kirche.“

Das wichtigste Ergebnis der IöFK war die Akzeptanz des Leitbildes vom gerechten Frieden in den wesentlichen Kirchen des ÖRK. Nicht nur mein Eindruck war, dass der ÖRK und seine Mitgliedskirchen zur Stärkung der Ökumene die vorhandenen Ansätze nunmehr theologisch, gesellschaftlich und auch politisch nach innen und außen auf dieser Grundlage präziser verdeutlichen sollte, auch im Rahmen von Advocacy-Arbeit z. B. zur Verteidigung von Menschenrechten, insbesondere von Frauen, in Sachen Klima, für eine alternative Wirtschaftspolitik und für

eine nicht militärisch gestützte Sicherheitspolitik sowie gegen Rüstungsexporte, um nur einige Möglichkeiten anzuführen. Zu kritisieren ist die starke binnenkirchliche Ausrichtung der Konvokation. Nicht nur Heinrich Bedford-Strohm, der designierte bayerische Landesbischof, fordert eine stärkere politische Positionierung der Kirchen zu aktuellen Problemen in der Welt. „Ich wünsche mir eine Weltkirche, die nicht nur gute Beispiele gibt oder Grundsätze zum Ausdruck bringt, sondern die auch einwirkt auf die politische Gestaltung.“ „Die Stimme des Weltkirchenrates ist zu wenig hörbar“, resümierte auch Margot Käßmann.⁹ Das Presseecho auf die Konvokation war in der Tat relativ mager. Der Ökumenische Aufruf für einen gerechten Frieden, der bei der IÖFK selbst nicht ausreichend gewürdigt worden ist, bleibt bis zur Vollversammlung 2013 in Busan und dort selbst sowohl für den ÖRK als auch für die Mitgliedskirchen eine Basis friedenspolitischer Initiativen. Das Leitbild des gerechten Friedens, das in den vier Dimensionen der IöFK anfangsweise wohl in den Kirchen, aber kaum in der breiteren Gesellschaft und in der Politik rezipiert und damit nicht ausreichend anschlussfähig ist, sollte auch in Deutschland in konkreten Bezügen positioniert werden, z. B. in der Friedensethik und der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Anschluss an den Aktionsplan Zivile Krisenprävention.¹⁰

Ulrich Frey

(Ulrich Frey, von der EKD delegiert und Sprecher der früheren „Koordinierungsgruppe zur IöFK“. Diese wurde vom Ausschuss „Kirche und Gesellschaft“ der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und dem Offenen Forum Dekade Überwindung von Gewalt gebildet, aber mit dem Ende der Dekade aufgelöst.)

⁹ www.ekd.de/international/friedenskovokation/76819.html und www.ekd.de/international/friedenskovokation/76828.html

¹⁰ Politische Parteien (CDU, SPD, B90/Grüne) haben Vorlagen zur Auseinandersetzung geliefert.